



Finanzmarkt Regularien sollen aufgeweicht werden

Das nach der Finanzkrise erlassene „Dodd-Frank-Gesetz“ aus dem Jahr 2010 soll offenbar teilweise zurückgedreht werden. Trump hat hierfür am Freitag ein Dekret zur Überprüfung des Gesetzes unterzeichnet. Er möchte mit einem Beratergremium aus Unternehmern über die Bankenbranche im Allgemeinen reden, aber insbesondere um das von Barack Obama erlassene „Dodd-Frank-Gesetz“. Zu dem Gremium, das sich am Freitag im Weißen Haus getroffen hat, soll auch der Chef der größten US-Investmentbank JPMorgan, James Dimon, gehören. Der Kern des Gesetzeswerks, welches knapp 800 Seiten umfasst, ist ein weitgehendes Verbot des Eigenhandels der Banken. Zudem ist im zweiten Teil des Gesetzeswerkes geregelt, dass die Finanzmarktaufsichtsbehörde des Bundes ermächtigt wird, Finanzdienstleistungsunternehmen unter Zwangsverwaltung zu stellen, wenn diese in finanziellen Schwierigkeiten geraten und eine Bedrohung für die Stabilität des Finanzmarktes darstellen. Bereits während des Wahlkampfes betonte Trump, dass das Gesetz der Finanzaufsicht zu viel Macht gebe und die Banken so nicht richtig funktionieren würden.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtet, dass sich Trump nach einem Treffen mit Vertretern kleinerer Unternehmen bezüglich des „Dodd-Frank-Gesetz“ mit den Worten äußerte: „Die Regulierung hat sich in der Tat als schrecklich für Konzerne herausgestellt, aber für kleine Unternehmen war es noch schlimmer.“ Sein Wirtschaftsberater Gary Cohen sagte dem „Wall Street Journal“, dass die Amerikaner in Zukunft eine bessere Auswahl und bessere Produkte hätten, da die aktuelle Regierung den Banken keine Milliarden Dollar an Regulierungskosten aufbürden würden. Dennoch betonte er, dass es auch weiterhin eine Regulierung des Finanzsektors geben werde. Der US-Notenbankchef von Chicago Charles Evans hingegen stellt sich hinter die Reformen, die nach der Finanzkrise getroffen wurde, da sie „im Großen und Ganzen“ ganz hilfreich gewesen seien, da die Banken dadurch mehr Kapital vorhielten und somit sicherer geworden seien.

Neben dem „Dodd-Frank-Gesetz“ sei dem US-Präsidenten auch die von Obama erlassene Regelung - die Finanzberater verpflichtet, nur im Interesse ihrer Kunden zu handeln - ein Dorn im Auge. So sei er auch hier dabei gegen diese Regelung, die im April in Kraft treten sollte, vorzugehen.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Wochenrückblick

Das Wichtigste in Kürze:

30. Januar bis 05. Februar

Finanzhilfe für Griechenland

Montag, 30. Januar – Weitere mögliche Auszahlungen des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) an Griechenland, soll daran geknüpft werden, ob sich der IWF an dem Hilfsprogramm beteiligt. Der IWF hatte sich bis im Dezember 2014 beteiligt, doch stoppte man die Verhandlung über weitere Auszahlungen um die Regierungsbildung nach den Neuwahlen abzuwarten. ESM-Chef Klaus Regling sagte, der IWF müsse sich nicht unbedingt finanziell beteiligen, dennoch sei die Fachkenntnis des IWF vonnöten. Eine Zusage macht der IWF u.a. von der Verringerung der griechischen Schuldenlast abhängig. Am 06. Februar berät sich der IWF über eine Beteiligung an dem Hilfsprogramm, wie Spiegel Online berichtet.

Abkommensmodernisierung zwischen EU und Mexiko

Mittwoch, 01. Februar – Das seit 2000 bestehende Freihandelsabkommen zwischen der EU und Mexiko soll grundlegend erneuert werden. Die EU und Mexiko beschleunigen ihre Gespräche über die Modernisierung, auch aufgrund der Abschottungspolitik der USA. Ziel der Modernisierung ist es, zusätzlichen Wachstum zu ermöglichen, denn seit Inkrafttreten des Abkommens sei der Warenhandel nach Angaben der EU-Kommission nahezu verdreifacht worden. Die Verhandlungen sollen im April und Juni geführt werden, so das Handelsblatt.

Lehrstuhl für Makroökonomik
MacroNews
5. Kalenderwoche

Auch die Reform der internationalen Eigenkapital-Vorschriften für Banken „Basel III“ war in letzter Zeit ins Stottern geraten, da die Amerikaner und die Europäer keine grundsätzliche Einigung finden. In der EU trat diese Vorschrift bereits am 01. Januar 2014 in Kraft, sie soll unter anderem die Qualität, Konsistenz und Transparenz des Eigenkapitals erhöhen sowie zur verbesserten Risikodeckung beitragen. In den USA sind lediglich die systemrelevanten Banken an die Regeln der „Basel III“ Vorschriften gebunden, wie das Handelsblatt berichtet.

Doch auch die Bundesbank strebt nicht zu jedem Preis eine Einigung bei der zurzeit verhandelten Reform „Basel IV“ an, wie der Bundesbank-Vorstand Andreas Dombret am Donnerstag auf einer Finanzkonferenz in Berlin mitteilte. Die Nachrichtenagentur Reuters berichtet, Dombret könne die Befürchtungen der Banken und Sparkassen bezüglich der Reform verstehen und sei der Auffassung, dass die Kapitalanforderungen für die Institute nicht noch weiter angehoben werden dürfen. So sei keine Einigung besser als eine schlechte, sagte Dombret. Vielmehr vertritt er die Meinung, kleinere Banken Erleichterungen bei den operativen Belastungen zu gewähren, aber ausdrücklich nicht bei der Kapital- und Liquiditätsanforderungen.

Hintergrund: Bankenkrise

[Wirtschaftswoche: Trump dreht Bankenregulierung zurück](#)



EZB-Vize für „Bad Banks“

Freitag, 03. Februar – Nach einem Bericht der Nachrichtenagentur Reuters sei der EZB-Vizechef Vítor Constâncio für die Schaffung von öffentlich gestützten „Bad Banks“. Bei „Bad Banks“ handelt es sich in der Idee um reine Abwicklungsbanken, die aus dem Zweck gegründet werden, nicht einlösbare Kreditforderungen und schwierige Wertpapiere zu entsorgen, die die Bonität der betroffenen Banken gefährdet hätte. Constâncio hält es für möglich diese „Bad Banks“ als Blaupause auf Länderebene zu benutzen, damit gerade in Südeuropa die Banken ihre „faulen Kredite“ entsorgen können. Dem Bericht zufolge hätte die EU-Bankenregulierungsbehörde (EBA) bereits eine gemeinsame EU-Anlagenverwaltung für ausfallgefährdete Darlehen vorgeschlagen.

Zahl der Woche

2,72 %

soll die Inflation binnen Jahresfrist in Großbritannien steigen, wenn es nach den Erwartungen der Währungshüter geht. Besonders der schwache Pfund sorgt für einen Preisauftrieb bei den Importen, wie Stahl und Öl.

Reuters